



**WISSENSCHAFTLICHE
DIENSTE
DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGES**

INFO-BRIEF

Thema: Die neuen Mitglieder der Europäischen Union

Fachbereich XII Europa

Bearbeiter/-in: VA Dr. Schneider, RIA'in Großmann

Abschluss der Arbeit: 26. April 2004

Reg.-Nr.: WF XII - 036/04

Info-Briefe sind ein Instrument der aktiven Information, die die Wissenschaftlichen Dienste den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Unterstützung bei der Wahrnehmung des Mandats anbieten. Sie geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages oder eines seiner Organe wieder. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Zusammenfassung	3
1. Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des EU-Beitritts	3
1.1. Der Weg der Beitrittsländer in die EU	3
1.2. Finanzielle Unterstützung der Beitrittsländer	4
2. Die neuen EU-Mitgliedstaaten im Überblick	6
2.1. Polen	6
2.2. Ungarn	8
2.3. Tschechische Republik	10
2.4. Slowakische Republik	12
2.5. Slowenien	14
2.6. Estland	16
2.7. Lettland	18
2.8. Litauen	20
2.9. Malta	22
2.10. Zypern	24

Zusammenfassung

Mit der EU-Osterweiterung dehnt sich die in Westeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges errichtete Ordnung des Friedens und der Freiheit weit nach Osten aus. Zusammen mit dem NATO-Beitritt beendet sie die prekäre Zwischenlage der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, die durch den Zerfall der Sowjetunion und des von ihr dominierten Warschauer Paktes entstanden war. Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedern entsteht ein Wirtschaftsraum mit etwa 470 Mio. Einwohnern. Gleichzeitig führt die Erweiterung der Union zu einer flächenmäßigen Vergrößerung der EU um ein Drittel und einem Bevölkerungszuwachs von 28 %. Die jetzige Erweiterungsrunde wird nicht die letzte gewesen sein. Die beiden Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien, mit denen derzeit noch verhandelt wird, streben für 2007 den Beitritt zur EU an. Ende dieses Jahres wird zudem über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschieden. Aber auch Kroatien und andere Staaten Südosteuropas sowie die Ukraine haben ihren Wunsch nach einem EU-Beitritt bereits bekundet. Die nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Beitritts sowie die sozio-ökonomische Lage der jetzt beitretenden neuen Mitgliedstaaten.

1. Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des EU-Beitritts

1.1. Der Weg der Beitrittsländer in die EU

Am 1. Mai 2004 treten Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern der Europäischen Union (EU) bei. Nach den früheren Beitritten von Großbritannien, Irland und Dänemark (1973), Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986), und Schweden, Finnland und Österreich (1995) ist die jetzige Erweiterungsrunde die größte in der Geschichte der EU. Mit der Aufnahme zehn neuer Mitglieder löst die EU eine wesentliche Zielverpflichtung ihrer Gründungsverträge ein, die „Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“.¹

Mit dem Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Maltas und Zyperns kommt ein Prozess zu einem vorläufigen Abschluss, der mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft 1989/90 begonnen hatte. Zunächst schloss die EU mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sog. Europaabkommen ab, die im Unterschied zu anderen Assoziierungsabkommen von vorn herein eine Beitrittsperspektive enthielten. Der Europäische Rat (ER) nannte auf seiner Tagung 1993 in Kopenhagen erstmals konkrete Kriterien für den Beitritt dieser Staaten: eine demokratische und

¹ Präambel Vertrag über die Europäische Union.

rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte, die Achtung von Minderheiten, die Existenz einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Außerdem setzt die Mitgliedschaft voraus, dass die Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen.

Zwischen 1994 und 1996 stellten insgesamt zehn Länder Mittel- und Osteuropas Anträge auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Im Dezember 1997 entschied der ER in Luxemburg, zunächst mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien, Estland und Zypern Verhandlungen über einen Beitritt aufzunehmen (Luxemburg-Gruppe). Für die übrigen Länder Rumänien, Bulgarien, die Slowakische Republik, Lettland, Litauen und Malta vereinbarte der ER die Einleitung eines Heranführungsprozesses. Die letztgenannten Staaten wurden schließlich im Dezember 1999 auf dem ER von Helsinki in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen (Helsinki-Gruppe). Schon im darauf folgenden Jahr begannen die Beitrittsverhandlungen. Außerdem erhielt auch die Türkei in Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten.

Im Dezember 1997 hatte der ER die Kommission zudem beauftragt, für jeden Bewerberstaat Jahresberichte zu erstellen, um die Fortschritte bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*) aufzulisten. Ein weiterer Meilenstein für die angestrebte Erweiterung wurde bei der Sondertagung des ER in Berlin im März 1999 erreicht, als sich die Teilnehmer im Rahmen der "Agenda 2000" auf die mittelfristige Finanzplanung für die Periode von 2000 bis 2006 und die Verteilung der für die Erweiterung notwendigen finanziellen Mittel einigten. Einen weiteren bedeutsamen Schritt unternahmen die europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember 2000, indem sie mit dem Vertrag von Nizza Änderungen des geltenden Vertragsrechts beschlossen und damit die EU in die Lage versetzten, weitere Staaten aufzunehmen. Auf der Tagung des ER in Kopenhagen wurde dann am 13. Dezember 2002 die Erweiterung um zehn Staaten förmlich beschlossen. Am 16. April 2003 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der neuen Mitgliedstaaten der EU in Athen den Beitrittsvertrag. Im gleichen Jahr fanden in den Beitrittsländern Referenden statt, in denen die Bevölkerungen dem Beitritt zur EU zustimmten.

1.2. Finanzielle Unterstützung der Beitrittsländer

Aufgrund der seit Beginn der neunziger Jahre eingeleiteten und von der EU finanziell unterstützten wirtschaftlichen Reformmaßnahmen haben die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der EU und den Bewerberstaaten schon jetzt einen hohen Grad erreicht. So wickeln die Bewerberstaaten inzwischen fast zwei Drittel ihres Handels mit

der EU ab. Doch trotz aller dieser Fortschritte liegen die Beitrittskandidaten - außer Malta und Zypern - in wirtschaftlicher Hinsicht zum Teil weit hinter der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistungskraft der EU-Länder zurück; ihr Pro-Kopf-Einkommen insgesamt liegt bei nur 35 % des EU-Durchschnitts.

Die EU unterstützte den marktwirtschaftlichen Transformationsprozess der ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländer durch die Heranführungsinstrumente PHARE, SAPARD und ISPA.² Das **PHARE**-Programm (Poland and Hungary Action for Restructuring of the Economy) wurde 1989 initiiert. Inzwischen mehrfach erweitert, fördert PHARE heute 13 Partnerländer in Mittel- und Osteuropa. Ziel der Fördermaßnahmen ist die Entwicklung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Daneben steht die Vorbereitung auf die Nutzung der Mittel des Europäischen Regionalentwicklungsfonds (ERDF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch die Partnerländer im Vordergrund von PHARE. Seit 1994 konzentrierte sich PHARE vor allem auf den Aufbau von Verwaltung und Regierungskapazitäten. 2000 kam es zu einer weiteren Neuausrichtung der Verteilung der Mittel, die sich in vier grundsätzliche Programme einteilen lassen: nationale Länderprogramme, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, regionale und horizontale Programme und nukleare Sicherheit. Das Budget für PHARE belief sich zwischen 1989- 2001 auf eine Gesamtsumme von 15 Mrd. €. Für den Zeitraum von 2001-2006 werden jährlich nochmals 1,62 Mrd. € veranschlagt, die jeweils als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben werden.

Das **ISPA**-Programm (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) zielt auf die Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltbedingungen in den Bewerberländern. ISPA selbst stellt ein Vorläuferinstrument der Kohäsionsfonds dar und hat eine Laufzeit von 2000 bis 2006. Die durch ISPA bereitgestellten Mittel belaufen sich auf 1 Mrd. € pro Jahr. Dabei handelt es sich vorrangig um ko-finanzierte Projekte in Form von Krediten, die mit mindestens 25 % und höchstens 75 % von der EU gefördert werden. Die Ko-Finanzierung wird durch die Europäische Investitionsbank (EIB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Weltbank sichergestellt.

Das **SAPARD**-Programm (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) kommt in Problembereichen der Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums zum Einsatz. Im Zeitraum von 2000 bis 2006 beläuft sich das jährliche SAPARD-Budget auf ca. 520 Mio. €. Die EU finanziert bis zu 75 % der Gesamtausgaben der Maßnahmen (in Einzelfällen sogar bis zu 100 %). SAPARD wird dezentral verwaltet, d.h. die Kommission hat sämtliche Verwaltungsaufgaben - von der Projektauswahl bis zu den Zahlungen an die Begünstigten - bereits an die von ihr in den

² Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/financial_assistance.htm

Beitrittsländern eingerichteten SAPARD-Durchführungs- und Zahlungsstellen übertragen.

Malta und Zypern profitierten bis 1995 vor allem vom MEDA-Programm (Euro-Mediterranean Partnership) und erhielten anschließend aufgrund ihres relativ hohen BIP lediglich Förderung im Rahmen von Regionalprojekten. Mit dem EU-Beitritt werden diese Unterstützungsmaßnahmen auslaufen, teilweise sind die Gelder jedoch bis 2006 abrufbar. Ab Mai 2004 erhalten Malta und Zypern schließlich wie die anderen neuen Mitgliedstaaten Mittel aus dem europäischen Kohäsionsfonds.

2. Die neuen EU-Mitgliedstaaten im Überblick

2.1. Polen

Basisdaten 2003

Bevölkerung	38,2 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	4.689
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	3,5
Arbeitslosenquote	18
Haushaltssaldo in % zum BIP	-4,8
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-2,4
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	0,8

Polen begann schon vor 1989 mit der damaligen EG wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen. So unterzeichneten Warschau und Brüssel 1988 einen Vertrag, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit sichern sollte. Ein Assoziationsabkommen wurde 1991 unterzeichnet.³ Den offiziellen Beitrittsantrag stellte Polen 1994. Die Beitrittsverhandlungen begannen 1998, woraufhin die polnische Regierung ein „Komitee für die Europäische Integration“ gründete, das die Zusammenarbeit mit der EU koordinieren sollte. Die Verhandlungen kamen im Dezember 2002 auf dem Kopenhagener Gipfel zum Abschluss. Als Ergebnis der Verhandlungen erhält Polen bis 2004 insgesamt 3 Mrd. € von der EU. Dem stehen Einzahlungen Polens in Höhe von 1,5 Mrd. € in den EU-Haushalt gegenüber. Polens Beitrag am Gesamthaushalt der EU steigt bis 2006 auf 2,5 Mrd. €, wobei 5 Mrd. € an Subventionen zurückfließen. Im April 2003 unterzeichnete Polen in Athen den Beitrittsvertrag. Im Rahmen eines Referendums im Juni 2003 sprach sich die polnische Bevölkerung mit einer Mehrheit von 77,45 % für den Beitritt zur EU aus. Daraufhin unterzeichnete der polnische Präsident am 23. Juli 2003 den Beitrittsvertrag (eine Ratifizierung durch das Parlament war nicht notwendig).

³ Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluß des Europa-Abkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Polen andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 348, 31.12.1993.

Die EU schloss im März 1998 eine 1999 und nochmals 2002 modifizierte Beitrittspartnerschaft mit Polen ab. Um die marode, vom Kommunismus geprägte Wirtschaft des Landes wiederaufzubauen, rief die Europäische Kommission das PHARE-Programm (Poland and Hungary Assistance for Reconstructing their Economies) ins Leben. Zwischen 1992 und 2002 erhielt Polen daraus 2,7 Mrd. €. ⁴ Ende Juni 2002 von der Kommission errichtete nationale SAPARD-Agentur diente der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, der Anpassung der Nahrungsmittelindustrie an Qualitätsanforderungen des gemeinsamen Marktes, der Entwicklung der Infrastruktur, sowie der Schaffung günstiger Bedingungen für nicht-agrarische Wirtschaftstätigkeiten in ländlichen Gebieten. Die Mittel aus den beiden Heranführungsinstrumenten ISPA und SAPARD belaufen sich für Polen im Zeitraum 2000-2006 auf voraussichtlich 312 – 384,8 Mio. € aus ISPA und rund 170 Mio. € aus SAPARD.

Die EU ist Polens größter Handelspartner. 69 % aller Exporte gehen in die EU (2002). Nach einem wirtschaftlichen Abschwung 2000/2001 hat sich die wirtschaftliche Lage, vor allem durch die gestiegene Auslandsnachfrage, in Polen wieder stabilisiert. 2003 stieg das BIP 2003 um 3,5 Prozent. In der Industrie haben neben Lebensmittelerzeugung und Energieversorgung nach wie vor Bergbau und Hüttenindustrie eine sehr starke Stellung, gefolgt von Maschinenbau und der Produktion elektrischer Geräte, dem Fahrzeugbau sowie Textilien und Bekleidung. Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP beträgt über 50 % und der der Industrie 24 %. Mit ca. 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Polens und ca. 60 % der Landesfläche trägt die polnische Landwirtschaft nur noch 3 % zum BIP bei. Die polnische Landwirtschaft ist weiterhin geprägt durch heterogene Strukturen mit einem sehr hohen Anteil kleiner Betriebe (80 % unter 10 ha), mangelhafter Infrastruktur im ländlichen Raum und dem weitgehenden Fehlen von Beschäftigungsalternativen. Die Marktlage im Agrarbereich ist durch steigende Produktionsmengen und sinkende Preise gekennzeichnet. Hinzu kommt, dass der traditionellen Familienwirtschaft ein hoher ideeller Wert beigemessen wird und die kleinen Landwirte über die Bauernpartei eine starke Lobby haben.

Die größten Herausforderungen für die polnische Regierung sind die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Haushaltskonsolidierung und der Schuldenabbau. Aufgrund der ständig steigenden Anzahl von ausländischen Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen in Polen entwickelte sich der private Sektor sehr schnell. Allerdings sind die Anlageinvestitionen 2002 drastisch gesunken und die Anzahl der Privatisierungen ist rückläufig.

⁴ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/poland/index.htm. (Stand 16.3.2004).

Außenpolitisch unterstützt Polen die unabhängige Entwicklung seiner östlichen Nachbarstaaten, vor allem der Ukraine und Belarus. Des Weiteren nimmt Deutschland in der Außenpolitik Polens einen wichtigen Platz ein, wie die Zusammenarbeit im „Weimarer Dreieck“ zwischen Polen, Frankreich und Deutschland zeigt.

2.2. Ungarn

Basisdaten 2003

Bevölkerung	10,14 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	7.075
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	3,0
Arbeitslosenquote	5,9
Haushaltssaldo in % zum BIP	9,6
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-5,9
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	4,5

Im Oktober 1989 rief der damalige provisorische Präsident Ungarns die Republik aus. 1991 unterzeichnete Ungarn ein Assoziationsabkommen mit der EU.⁵ 1994 beantragte Ungarn als erstes Land der Region die Mitgliedschaft in der EU. Im März 1998 begannen die Beitrittsverhandlungen und endeten im Dezember 2002 auf dem Kopenhagener Gipfel. Im einen Referendum stimmten am 12. April 2003 ca. 84 % der ungarischen Bevölkerung für einen Beitritt zur EU. In Athen unterzeichnete Ungarn am 16. April 2003 den Beitrittsvertrag.

Mit Hilfe des PHARE-, ISPA-, und SAPARD-Programms unterstützte die EU den Beitritt Ungarns.⁶ Durch PHARE stellte die EU zwischen 1992 - 1999 über 1 Mrd. € und von 2000 - 2003 nochmals 485,3 Mio. € zur Verfügung. 2003 konzentrierte sich die Förderung auf ein Programm zur Bekämpfung illegaler Grenzübertritte an der ukrainischen und kroatischen Grenze. Im Rahmen von ISPA stellte die EU zwischen 2000 und 2003 ca. 370 Mio. € im Bereich Infrastrukturprojekte bereit und mittels SAPARD zwischen 2000 - 2006 jährlich 38 Mio. € für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Seit 1997 wächst die eher exportorientierte ungarische Wirtschaft stetig mit rund 4 % im Jahr. 2000 betrug die Zunahme des BIP 5,2 %, sank jedoch in den darauf folgenden Jahren auf rund 3 % (2003). Zwar stieg auch die Inlandsnachfrage seit 2001, aber sie konnte die nachlassende Auslandsnachfrage nicht ausgleichen. Damit hat sich im Hin-

⁵ Beschluss des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 1993 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Ungarn andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 347, 31.12.1993.

⁶ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/hungary/index.htm. (Stand 16.3.2004).

blick auf das makroökonomische Gleichgewicht die Wirtschaftslage für Ungarn verschlechtert. Ursache für die Zunahme des Leistungsbilanzdefizits (2002 – 4 % des BIP, 2003 – 5,9 % des BIP) war das allgemein schlechte Wirtschaftsklima und die steigende Zahl der Auslandsinvestitionen der ungarischen Wirtschaft. Die Inflation blieb anhaltend hoch (bis 2001 um die 10 %), sank bis Mitte 2003 auf 3,6 % und stieg im November 2003 wieder auf 5,6 %. Der Kapitalmarkt wurde im Laufe der Zeit liberalisiert. Ungarn hat im Vergleich zu den anderen Beitrittsländern eine der geringsten Arbeitslosenquoten (2003 5,9 %). Die Privatisierung, die in Ungarn 1997 bereits weitgehend abgeschlossen war, erhielt mit der Einleitung des Verkaufs der verbleibenden 19 größeren Staatsunternehmen einen neuen Impuls.

Ungarns Handel ist seit 1989 stark gewachsen. Während sich das Exportvolumen seit 1989 verdoppelt hat, verdreifachte sich der Import. 74,1 % der ungarischen Exporte gingen 2003 in die EU, der Anteil der Importe aus EU-Ländern beträgt 56,6 %. Hauptexportprodukte sind Maschinen und elektrische Geräte. Die Exportwirtschaft litt jedoch unter der rückläufigen Auslandsnachfrage, die bis Januar 2003 mit einer kräftigen Währungsaufwertung einherging. Die ausländischen Direktinvestitionen gingen von 2002 1,3 % merklich auf 0,6 % des BIP 2003 zurück.

Eines der Hauptprobleme des Landes liegt in der Haushaltskonsolidierung; das Haushaltsdefizit beträgt 9,6 % des BIP. 2003 versuchte die ungarische Regierung, dieses Problem durch einen restriktiven finanzpolitischen Kurs zu bekämpfen. Probleme existieren zudem im Nordosten des Landes, nachdem dort mit dem Zusammenbruch der Kohle- und Stahlindustrie auch die Infrastruktur Schaden genommen hat und eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Eine weitere Herausforderung stellt die Reform des Gesundheitssystems dar. Außenpolitisch ist Ungarn am Stabilitätspakt für Südosteuropa mit eigenen Initiativen beteiligt.

2.3. Tschechische Republik

Basisdaten 2003

Bevölkerung	10,2 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	7.062
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	2,8
Arbeitslosenquote	10,0
Haushaltssaldo in % zum BIP	-7,8
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-4,9
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	0,2

Mit der Revolution von 1989 erreichte die Tschechoslowakei ihre volle Unabhängigkeit wieder. 1993 trennten sich beide Landeshälften in zwei souveräne Staaten, nämlich in die Tschechische Republik und in die Slowakische Republik. Im Oktober 1993 wurde zwischen der Tschechischen Republik und der EU ein Assoziationsabkommen abgeschlossen.⁷ Den Antrag auf die EU-Mitgliedschaft stellte Tschechien 1996. Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen auf der Tagung des ER in Kopenhagen im Dezember 2002 unterzeichnete Tschechien in Athen 2003 den Beitrittsvertrag. In einem Referendum im Juni 2003 stimmten 77,3 % der Tschechen für den EU-Beitritt.

Durch die europäischen Heranführungsinstrumente wurde auch Tschechien bei der Vorbereitung zum EU-Beitritt unterstützt.⁸ Im Rahmen von PHARE erhielt das Land bis heute ca. 1 Mrd. €. Der weitere Finanzplan für das PHARE-Programm wurde 2003 unterzeichnet und stellt weitere 38,5 Mio. € für Beratung, Ausbildung und Ausstattung bereit, um die Tschechische Republik bei den abschließenden Vorbereitungen für die EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Die Projekte umfassen öffentliches Auftragswesen, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Schaffung der Finanzkontrolle und gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen. Die zweite Heranführungshilfe ISPA finanzierte im Zeitraum von 2000 bis 2002 infrastrukturelle Projekte in Höhe von 70 Mio. € jährlich. Insgesamt wurden bis heute ca. 350 Mio. € durch ISPA für die Tschechische Republik genehmigt. Im Rahmen des SAPARD-Programmes plant die EU zwischen 2000-2006 eine Unterstützung der tschechischen Landwirtschaft in Höhe von 22 Mio. € jährlich.

Nach der tiefen Rezession 1998/1999 konnte die Tschechische Republik die makroökonomische Stabilität weitgehend wiederherstellen. Trotz der stärkeren Tschechischen

⁷ Beschluss des Rates und der Kommission vom 19. Dezember 1994 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tschechischen Republik andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 360, 31.12.1994.

⁸ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/czech/index.htm. (Stand 16.3.2004).

Krone und einer damit einhergehenden schleppenden Auslandsnachfrage hielt sich das BIP-Wachstum 2002 bei 2 %. Das reale BIP-Wachstum wurde sowohl vom privaten (2002: +4 %) als auch vom öffentlichen Verbrauch und in geringerem Maße von den Exporten gestützt. Auch die hohen Investitionen ausländischer Unternehmer trugen zur positiven Wirtschaftsentwicklung bei. Die Steigerung der Nachfrage der privaten Haushalte stützt sich auf die Realloohnerhöhungen, wodurch das verfügbare Einkommen nachhaltig anstieg. Allerdings hat sich die Lage der öffentlichen Finanzen verschlechtert. Unter dem Einfluss einmaliger Aufwendungen für militärische Projekte, der mit der Flut von 2002 verbundenen erhöhten Ausgaben und des hohen Ausgabendrucks bei Arbeitslosengeld und Sozialleistungen nahmen die Staatsausgaben erheblich zu. Der Privatisierungsprozess ist bis auf den Stahl-, Petrochemie-, Energie- und den Telekommunikationssektor weit fortgeschritten.

Trotz der Aufwertung der Landeswährung und der schwachen Auslandsnachfrage stiegen durch eine Steigerung der Exportkapazität und der Wettbewerbsfähigkeit die Exporte 2002 um 3,8 %. Die Inflation ging 2002 auf 0,1 % und damit unter die von den Währungsbehörden angesetzte Zielmarke zurück. Fast 70 % der tschechischen Exporte gehen in die EU, die Tschechiens wichtigster Handelspartner ist. Hauptsächlich werden Maschinen, Autos, Transportausrüstungen und Bier exportiert, wobei Deutschland zugleich das mit Abstand wichtigste Zielland für tschechische Exporte (38 %) und der bedeutendste Importeur (33 %) ist.

Herausforderungen für die tschechische Regierung sind vor allem die strukturellen Schwachstellen des Arbeitsmarkts. Auch die mangelnde Mobilität, die unter anderem auf die unterentwickelte Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen ist, trägt zu einer höheren Arbeitslosigkeit bei. Auf Grund des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits leitete die Regierung inzwischen Schritte zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ein und stellte ein Maßnahmenbündel vor, um das Defizit bis 2006 auf 4 % zu senken.

2.4. Slowakische Republik

Basisdaten 2003

Bevölkerung	5,38 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	5.144
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	3,7
Arbeitslosenquote	15,3
Haushaltssaldo in % zum BIP	-3,5
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-2,1
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	8,5

Nach dem Ende des kommunistischen Zwangssystems erfolgte in der Tschechoslowakei im Frühjahr 1990 zunächst die Umwandlung in eine föderative Republik innerhalb der CSFR. Die CSFR hatte wegen der Autonomiebestrebungen der Slowaken aber nur für kurze Zeit Bestand, und am 1. Januar 1993 proklamierte sich die Slowakei als souveräner Staat. Ein Assoziationsabkommen mit der EU wurde im Oktober 1993 abgeschlossen.⁹ Im Juni 1995 reichte die Slowakei ihre offizielle Bewerbung um den EU- Beitritt ein. Nachdem der ER in Helsinki 1999 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei beschlossen hatte, wurden diese im Dezember 2002 auf dem ER in Kopenhagen abgeschlossen. Am 16. April 2003 unterzeichnete die Slowakei in Athen den Beitrittsvertrag. In dem im Mai 2003 durchgeführten Referendum sprachen sich die Bürger der Slowakischen Republik mit 92,5 % für den Beitritt zur EU aus.

Die EU unterstützte die Beitrittsvorbereitungen der Slowakei durch die Programme PHARE, ISPA und SAPARD.¹⁰ Im Rahmen von PHARE stellte die EU dem Land allein 2002 ca. 43,5 Mio. € bereit, hinzu kamen noch 145,5 Mio. € im Rahmen von ISPA für den Zeitraum 2000 - 2002 und 18,3 Mio. € jährlich durch SAPARD für 2000 - 2006.

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Slowakei. 60 % der slowakischen Exporte gehen dorthin (2001), und 50 % der Importe (2001) stammen aus der EU. Hauptausfuhr Güter der Slowakei sind Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Slowakischen Republik lag seit den 50er Jahren in der Schwerindustrie (Metallurgie, Rüstungsindustrie). Im Zuge des Umbruchs von 1989 sank der Anteil der Schwerindustrie am BIP von allerdings 61 % (1991) auf 24,2% (2002) und kam somit fast zum Erliegen. Demgegenüber nimmt auch heute noch der Maschinen- und

⁹ Beschluss des Rates und der Kommission vom 19. Dezember 1994 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 359, 31.12.1994.

¹⁰ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/slovakia/index.htm. (Stand 16.3.2004).

Fahrzeugbau sowie die chemische und pharmazeutische Industrie den größten Anteil an der slowakischen Industrieproduktion ein. Durch die vermehrte Gründung privater Kleinunternehmen erhöhte sich der Anteil des Dienstleistungsbereiches am BIP von 33 % (1991) auf 58,9 % (1999). Die Landwirtschaft ist in der Slowakei traditionell schwach entwickelt, wobei eine langsame Privatisierungspolitik und ein vergleichsweise geringer Zufluss ausländischen Kapitals die notwendige Restrukturierung der Betriebe verzögern.

Ausgehend von einem Leistungsbilanzdefizit von über 8 % des BIP (2002) hat sich die makroökonomische Gesamtlage inzwischen wieder verbessert. 2003 betrug dieses nur noch 2,1 % des BIP. Ursachen dafür sind eine restriktive Finanzpolitik, welche jedoch zu einer Eindämmung der inländischen Nachfrage führte. Das ausländische Direktinvestitionsvolumen betrug 2002 nahezu 17 % des BIP und glich somit das Leistungsbilanzdefizit mehr als aus. Das reale BIP-Wachstum wuchs in 2002 um 4,4 %. In der ersten Jahreshälfte 2003 fiel es auf 3,9%, da ein Rückgang des Wachstumsanteils der Inlandsnachfrage nicht vollständig durch eine Steigerung des externen Wachstumsbeitrags kompensiert wurde. Der öffentliche Schuldenstand sank von 49,8 % des BIP in 2001 auf 32 % des BIP in 2003, was im wesentlichen auf die Verwendung eines Teils der sehr hohen Privatisierungserlöse für die Rückzahlung der Staatsschulden zurückzuführen ist.

Besonders problematisch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind die starken regionalen Unterschiede. Während beispielsweise in der Hauptstadt Bratislava die Arbeitslosenquote unter 5 % liegt, erreicht sie im strukturschwachen Osten des Landes über 30 %. Insgesamt ging sie von 18,6 % in 2002 auf 15,3 % in 2003 zurück. Der slowakische Durchschnittslohn betrug im Jahre 2003 knapp 350 Euro/Monat, während in Bratislava der Durchschnittslohn ungefähr doppelt so hoch liegt.

Eines der Hauptziele der slowakischen Regierung liegt in der Bekämpfung der besonders unter den slowakischen Roma und Sinti weit verbreiteten Arbeitslosigkeit. Die Regierung legte dazu spezifische Programme und Maßnahmen auf, wie die Neufassung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen, die Stärkung der regionalen Mobilität und die Beseitigung mangelnder beruflicher Qualifikationen. Weiterhin hat die Regierung beschlossen, Anfang 2004 eine weitreichende Steuerreform umzusetzen, bei der es sich im wesentlichen um die Einführung einer pauschalen Einkommensteuer und einer einheitlichen Mehrwertsteuer, beide in Höhe von jeweils 19%, handelt. Insbesondere das hohe Defizit der Sozialversicherungsträger belastet den Staatshaushalt. Aus diesem Grunde hat sich die Regierung zu einer Reform des Rentensystems nach dem Umlageverfahren entschlossen. Die Einführung einer zweiten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung ist in Vorbereitung. Dar-

über hinaus wurden weitere Schritte auf dem nach wie vor langen Weg zu einer Reform der Gesundheits- und Sozialleistungssysteme ergriffen.

Außenpolitisch sind die wichtigsten Ziele der Beitritt zur EU und zur NATO. Außerdem bemüht sich die Slowakei um gute Beziehungen zu ihren Visegrad-Nachbarn (verstärkte regionale Zusammenarbeit zwischen Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei).

2.5. Slowenien

Basisdaten 2003

Bevölkerung	1,99 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	12.008
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	2,4
Arbeitslosenquote	6,4
Haushaltssaldo in % zum BIP	-1,5
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-0,3
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	5,6

1991 erklärte Slowenien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. Bereits im September 1993 trat ein Kooperationsabkommen mit der EU in Kraft, im Juni 1996 wurde ein Assoziationsabkommen vereinbart.¹¹ Im gleichen Monat bewarb sich Slowenien um die Mitgliedschaft in der EU. Die Beitrittsverhandlungen begannen im März 1998 und endeten im Dezember 2002 auf dem ER in Kopenhagen. Nach einem Zwischenabkommen (Januar 1997) trat im Februar 1999 ein Europaabkommen mit der EU in Kraft. In einem Referendum am 23. März 2003 stimmten 90 % der Slowenen für den EU- Beitritt. Die slowenische Regierung unterzeichnete am 16. April 2003 in Athen den Beitrittsvertrag.

Die EU gewährte Slowenien Hilfen zur Vorbereitung des EU-Beitritts in Höhe von durchschnittlich 65 Mio. € pro Jahr.¹² Aus Mitteln des PHARE-Programms unterstützte die EU Slowenien von 1992- 1999 mit ca. 191 Mio. € und von 2000 - 2003 mit 145,6 Mio. €. Aus dem SAPARD- Programm wurden seit dem Jahr 2000 Mittel in Höhe von 6,6 Mio. € /Jahr und aus dem ISPA-Programm zwischen 2000-2002 Maßnahmen zum infrastrukturellen Ausbau mit 52,6 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Wichtige slowenische Exportgüter sind Maschinen- und Transportgeräte, Chemikalien, Schuhwaren und Möbel. Dabei gehen ca. 59 % der slowenischen Exporte in die EU und

¹¹ Beschluss des Rates und der Kommission vom 21. Dezember 1998 über den Abschluss des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den im Rahmen der Europäischen Union handelnden Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Slowenien andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 51, 26.2.1999.

¹² Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/slovenia/index.htm. (Stand 16.3.2004).

68 % der Importe stammen aus der EU. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage im Vergleich zu den anderen Beitrittsländern sehr stabil; so beträgt das Pro-Kopf-Einkommen rund 75 % des EU-Durchschnitts.

Das BIP-Wachstum erreichte im Jahr 2002 ca. 3,2 % und 2003 immer noch 2,4 %. Die Landwirtschaft trägt, vor allem mit Milchwirtschaft und Tierhaltung, nur noch 3 % zum BIP bei. Der Anteil der Industrie am BIP beträgt 37 %. Wichtige industrielle Produkte sind elektronische Geräte, Textilien, Papier, Chemikalien und Holzprodukte. Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP beträgt heute ca. 60 %. Hauptwirtschaftszweig Sloweniens ist der Tourismus. Zum stetigen Wachstum der slowenischen Wirtschaft tragen vor allem klein- und mittelständische Unternehmen bei. Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen nach Slowenien stieg, vor allem durch die Privatisierungen im Banken- und Pharmasektor, stark an. Die Inflation geht langsam zurück, befindet sich jedoch weiterhin auf einem relativ hohen Niveau.

Die slowenische Regierung konnte das Defizit im Staatshaushalt 2003 auf 1,5 % des BIP zurückführen. Das Beschäftigungswachstum stagnierte 2003 und die Arbeitslosenquote stieg auf 6,4 % an. Zu verzeichnen sind dabei große regionale Unterschiede und eine Konzentration auf ungelernete und ältere Arbeitnehmer. Ebenso kam die Privatisierungspolitik zum Stillstand. So wurde die Privatisierung der Telekommunikationsgesellschaft, der beiden größten, staatseigenen Banken und der Stahlindustrie aufgrund der schlechten Marktlage und geänderter Privatisierungspläne zunächst zurückgestellt. Auch der Versicherungssektor wurde bislang weder geöffnet noch umstrukturiert. Insgesamt befinden sich ca. 50 % der Wirtschaftsunternehmen (Stand 2002) noch immer in staatlichem Besitz. Damit ist der Anteil der staatlichen Unternehmen im Vergleich zu den anderen Transformationsstaaten relativ hoch.

Um die anhaltend hohe Inflation zu senken, versucht die slowenische Regierung, die Wirtschaft allgemein von der Indexierung loszulösen. Eine positive Entwicklung ist in diesem Zusammenhang eine Tarifvereinbarung vom April 2003, mit der ein neues Lohnmodell auf der Grundlage der Inflationsprognose eingeführt wurde. Im Gesetz über die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst wurde bereits ein Anpassungsmechanismus vorgesehen, der die Inflation in Slowenien und in der EU berücksichtigt. Weiterhin gibt es Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts, zur Änderung der Lohnindexierung und zur weiteren schrittweisen Liberalisierung und Entwicklung der Finanzmärkte sowie zur Liberalisierung der Versorgungswirtschaft. Da sich die Inflationsrate langsam dem Niveau der Maastricht-Kriterien nähert, strebt Slowenien den Beitritt in den Europäischen Wechselkursmechanismus (ERM II) als Vorstufe des Beitritts zur Eurozone an. Zu den Schwerpunkten der slowenischen Außenpolitik gehört die In-

tensivierung der Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der SFRJ (Sozialistische Föderale Republik Jugoslawien).

2.6. Estland

Basisdaten 2003

Bevölkerung	1,35 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	5.445
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	4,5
Arbeitslosenquote	10,5
Haushaltssaldo in % zum BIP	0,5
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-15,3
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	1,5

Estland erlangte nach Jahrzehnten sowjetischer Okkupation im August 1991 seine staatliche Unabhängigkeit wieder. Im November 1994 wurde zwischen Estland und der EU eine assoziierte Partnerschaft vereinbart, im Januar 1995 ein Freihandelsabkommen, dem im Juni 1995 ein Assoziationsabkommen (Europaabkommen) folgte.¹³ Im November 1995 bewarb sich Estland offiziell um den Beitritt zur EU. 1997 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU auf dem Gipfel von Luxemburg, u.a. mit Estland Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Diese begannen im März 1998 und endeten im Dezember 2002 in Kopenhagen mit dem Erweiterungsbeschluss. In einem Referendum stimmten 66.8 % der Esten im September 2003 dem EU- Beitritt zu.

Die EU unterstützte Estland wie die übrigen Kandidatenländer bei der Vorbereitung auf den Beitritt mittels verschiedener Vor-Beitritts Hilfen.¹⁴ Im Rahmen von PHARE wurden von 1992 bis 2001 Mittel in Höhe von rund 245 Mio. € an Estland vergeben. 2003 betrug die Unterstützung 6,75 Mio. €. Außerdem nimmt Estland an den „multi-beneficiary programmes“ teil, welche je nach Projekt horizontal, d.h. gleichzeitig mehrere Kandidatenländer, fördern. In einem durch PHARE finanzierten Twinning-Programm, das vor allem Privatisierungsberatungen nach dem Modell der Treuhandanstalt durchführte, arbeitet Estland verstärkt mit Deutschland als Partner zusammen. Aus Mitteln von SAPARD erhielt Estland im gleichen Zeitraum jährlich 13,1 Mio. € und aus dem ISPA-Programm 36 Mio. €.

Infolge des rasanten wirtschaftlichen Transformationsprozesses hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Wirtschaftsstruktur des Landes grundlegend verändert. Die staat-

¹³ Beschluss des Rates und der Kommission vom 19. Dezember 1997 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Estland andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 68, 9.3.1998.

¹⁴ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/estonia/index.htm. (Stand 16.3.2004).

lichen Unternehmen wurden, ebenso wie Grund und Boden, fast vollständig privatisiert. Gleichzeitig entstanden viele neue klein- und mittelständische Unternehmen. Estland besitzt heute eine moderne, funktionsfähige und stabile Marktwirtschaft, in deren Vordergrund Dienstleistungen, Handel, Transport und Kommunikation stehen. Wesentliche Faktoren für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes sind berechenbare wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, eine stabile Währung, niedrige Lohnkosten, eine von bürokratischen Zwängen und Regulierungen befreite liberale Wirtschaftspolitik, geringe Zugangsbeschränkungen zum estnischen Markt sowie eine geographisch günstige Lage für den Transithandel mit Russland.

Im Jahr 2002 gingen 70 % der Ausfuhren Estlands in die EU, 56 % seiner Importe kamen aus der EU. Wichtigste Handelspartner Estlands sind Finnland, Deutschland und Schweden. Nach Finnland gingen 21,9 % der Exporte, nach Deutschland 12,3 %, nach Schweden 10,1 % (alle Zahlen für 1. Halbjahr 2003). Estnische Exportprodukte sind vor allem Maschinen, Elektrogeräte, Holz, Textilien und Agrarprodukte. Das signifikante Missverhältnis zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage (Exportnachfrage geringer als Importnachfrage) verstärkte sich 2003, wodurch sich der negative Leistungsbilanzsaldo noch mehr ausweitete.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weist nach erheblichen Rückgängen in der Umbruchphase und einem leichten Rückgang während der Russlandkrise von 1999 nunmehr wieder ein stabiles Wachstum auf. 2002 wuchs das BIP (real) um 6 %, im Jahr 2003 um 4,5 %, für die nahe Zukunft wird ein Wachstum von 5 % erwartet. Der private Verbrauch stieg auf Grund niedriger Zinsen und kräftiger Zuwachsraten bei Löhnen und Beschäftigung 2002 um 9,3 %. Trotz dieser hohen Wachstumsraten stellt die durch einschneidende Umstrukturierungsmaßnahmen hervorgerufene Arbeitslosigkeit weiterhin ein Problem dar. 2003 betrug die Arbeitslosenrate 10,5 %. Der Anteil der Landwirtschaft am BIP ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken; im Jahr 2003 betrug er noch 3,7 %. Hauptagrarimporte aus der EU sind Getränke, Zucker, Süßwaren, Kaffee, Tee, Gewürze und Fleisch. Hauptexportprodukt der estnischen Landwirtschaft in die EU sind Milcherzeugnisse. Sie bilden 54 % der landwirtschaftlichen Exporte. Wichtigste Energiequelle des Landes ist heimischer Ölschiefer, der einen relativ geringen Energiewert besitzt und bei der Verbrennung die Umwelt mit hohen Emissionen belastet. In den Beitrittsverhandlungen forderte die EU deshalb eine rasche Umstellung auf umweltschonendere Energiequellen, wie z.B. die offshore-Windkraftanlagen; Estland hingegen trat für Übergangsfristen in diesem für das Land besonders sensiblen Bereich ein.

80 % der Gesamtbevölkerung Estlands besitzen mittlerweile die estnische Staatsangehörigkeit, 7 % sind Staatsangehörige anderer Länder (überwiegend Russlands), 13 % sind staatenlos. Fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung ist russischer Abstammung. Staats-

sprache ist das Estnische, die russische Sprache wird jedoch in den Gebieten, in denen die russisch-sprachige Bevölkerung die Mehrheit bildet, vor Gericht und in der Verwaltung weiterhin verwendet.

2.7. Lettland

Basisdaten 2003

Bevölkerung	2,33 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € (2002)	3.947
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	6,2
Arbeitslosenquote	11,5
Haushaltssaldo in % zum BIP	-2,5
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-8,8
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	2,9

Nach mehr als fünfzig Jahren unter sowjetischer Herrschaft erlangte Lettland im August 1991 seine Unabhängigkeit wieder. Im Januar 1995 vereinbarte Lettland mit der EU ein Freihandelsabkommen. Im Mai des gleichen Jahres folgte ein Assoziationsabkommen.¹⁵ Im Dezember 1995 stellte Lettland den Antrag auf Beitritt zur EU. Die Beitrittsverhandlungen begannen im Februar 2000. Lettland zählte zu den zehn Ländern, deren Beitritt auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 beschlossen wurde. Nach der Unterzeichnung des EU-Beitritts am 16. April 2003 in Athen entschied sich die lettische Bevölkerung in einem Referendum im September 2003 mit 67% für den EU-Beitritt.

Die EU unterstützte Lettlands Beitrittsvorbereitungen bis zum Jahr 2000 mit über 100 Mio. € jährlich, wobei 47 Mio. € aus dem PHARE-Programm, 22 Mio. € aus SAPARD und der Rest der Summe aus ISPA stammten.¹⁶ Insgesamt erhielt Lettland allein aus dem PHARE-Programm zwischen 1992- 2002 mehr als 350 Mio. €. Das ISPA-Programm begann 2000 und finanzierte vorrangig infrastrukturelle Projekte beispielsweise zur Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft und zur Verbesserung der Ost-West Eisenbahnverbindung. Allein zwischen 2000 und 2002 wurden Projekte im Rahmen von ISPA in Höhe von 277 Mio. € unterstützt. Aus SAPARD-Mitteln, mit denen Lettland auf die gemeinsame europäische Landwirtschaftspolitik vorbereitet werden soll, stehen von 2000 bis 2006 jährlich ca. 22,2 Mio. € zur Verfügung. Zwischen 2004 und 2006 erhält Lettland weitere 830 Mio. € aus dem EU-Haushalt, um Verbesserungen im Struktur- und Umweltsektor zu beschleunigen.

¹⁵ Beschluss des Rates und der Kommission vom 19. Dezember 1997 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Lettland andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 26, 2.2.1998.

¹⁶ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/latvia/index.htm. (Stand 16.3.2004).

Hauptziel der lettischen Politik in den neunziger Jahren war die Schaffung und Stabilisierung einer demokratischen Gesellschaft und Marktwirtschaft. Viele dieser tiefgreifenden Veränderungen (z.B. Verwaltungs- und Justizreform, Aufbau einer Marktwirtschaft) wurden im Rahmen der Vorbereitung Lettlands für den Beitritt zur EU unterstützt. Momentan erfolgt die Umsetzung der Rentenreform, womit der Grundstein für ein tragfähigeres Rentensystem gelegt wird. Die Grundstücksmarktreform ist weit fortgeschritten, während im Agrarsektor, wo noch immer kleine Höfe mit äußerst geringer Produktivität vorherrschen, erhebliche Probleme fortbestehen. Trotz sehr großer regionaler Unterschiede bei Einkommen und Arbeitslosigkeit ist die Mobilität der Arbeitskräfte nach wie vor gering.

Abgesehen von der kurzen Stagnation 1999, bedingt durch die russische Finanzkrise, wuchs die lettische Wirtschaft stetig. 2003 belief sich das Wachstum des BIP gegenüber dem Vorjahr auf 6,2 %. Wachstumsmotor waren 2002/2003 vor allem der private Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen. Zugleich stiegen die Exporte relativ stark an und ließen das Importwachstum hinter sich. Das hohe Wachstum trug zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit von 12,8 % im Dezember 2001 auf 11,5 % im Dezember 2003 bei. 70 % des BIP werden im Dienstleistungssektor, 20 % in der Industrie erwirtschaftet. Neben Holz und Textilien werden hauptsächlich Metallwaren, Chemikalien und Maschinen exportiert. Dabei gehen 60 % der Exporte in die EU und ca. 53 % der Importe (Stand 2002), größtenteils Ausrüstungen, Maschinen, Textilwaren und Lebensmittel, stammen aus der EU. Mit einem Anteil von ca. 16,1 % an den Exporten und 15,8 % an dem Importen ist Deutschland größter lettischer Außenhandelspartner. 98 % der lettischen Wirtschaft sind privatisiert.

Die gesamtstaatliche Verschuldung liegt mit 15,2 % des BIP im Jahr 2002 nach wie vor auf einem relativ niedrigen Stand. Trotz eines anhaltenden Wirtschaftswachstums liegt das durchschnittliche Einkommen der Letten nur bei rund einem Drittel des EU-Durchschnittes. 55,8 % der in Lettland lebenden Bevölkerung sind Letten, 32,3 % Russen, 3,9 % Weißrussen, Polen, Ukrainer und Litauer. 2/3 der lettischen Bevölkerung leben in städtischen Gebieten. Landessprache ist Lettisch, jedoch ist auch Russisch weit verbreitet.

2.8. Litauen

Basisdaten 2003

Bevölkerung	3,46 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	4.486
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	6,3
Arbeitslosenquote	11,0
Haushaltssaldo in % zum BIP	-2,4
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP	-6,0
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	-0,8

Im März 1990 erklärte sich Litauen, gegen den Willen der Sowjetunion, für unabhängig. Nach zum Teil blutigen Auseinandersetzungen erreichte Litauen mit Hilfe der Vereinten Nationen im August 1991 den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen. Im Mai 1992 unterzeichneten Litauen und die EU eine Handelsvereinbarung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, welche 2 Jahre später in eine Freihandelszone umgewandelt wurde. Ein Assoziationsabkommen mit der EU, das die vorangegangenen Abkommen ersetzte, trat im Februar 1998 in Kraft.¹⁷ Litauen stellte im Dezember 1995 einen Antrag auf Mitgliedschaft. Die 2000 begonnenen Beitrittsverhandlungen wurden im Dezember 2002 abgeschlossen. Nachdem am 16. April 2003 der EU-Beitrittsvertrag in Athen unterzeichnet wurde, entschied sich die Bevölkerung Litauens im Mai 2003 mit überwältigender Mehrheit von 91 % in einem Referendum für den EU-Beitritt.

Litauen war in den letzten Jahren in die Vor-Beitrittsstrategie der EU eingebunden.¹⁸ Für den Zeitraum 1995-99 stellte die EU für Litauen im Rahmen von PHARE insgesamt 232 Mio. € bereit. Insgesamt erhielt Litauen in den Jahren 2000-2002 von der EU Mittel in Höhe von rund 388,5 Mio. €. Künftig finanziert die EU für den Zeitraum 2000- 2006 weitere SAPARD-Projekte mit jährlich rund 30,3 Mio. €. Die im Rahmen von ISPA bereitgestellten Mittel beliefen sich auf bis zu 65 Mio. € pro Jahr. Litauen ist damit das Land mit der höchsten Förderungsrate pro Kopf durch EU-Gelder. Die Bevölkerung Litauens setzt sich zu 83 % aus Litauern, 6,7 % aus Polen, 6,3 % aus Russen zusammen. Ungefähr 1 Million Litauer leben außerhalb ihres Landes.

Nach der Finanzkrise in Rußland stabilisierte sich die Wirtschaftslage in Litauen wieder. Das BIP stieg 2003 gegenüber 2002 um real 6,2 %. Ursache dafür war der starke Exportanstieg und eine verstärkte Binnennachfrage. 2002 belief sich die Inflationsrate

¹⁷ Beschluss des Rates und der Kommission vom 19. Dezember 1997 über den Abschluß eines Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Litauen andererseits, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 51, 20.2.1998.

¹⁸ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/lithunia/index.htm. (Stand 16.3.2004).

auf 0,3 % und im Jahr darauf auf 0,8 %. Problematisch ist die, trotz sinkender Tendenz, hohe Arbeitslosenquote von 13,8 % (2002) und 11 % (2003). Die arbeitsmarktpolitische Erholung 2002 war vor allem auf die rasch wachsende Wirtschaft und, zu einem gewissen Grade, auf staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die litauischen Verteidigungsausgaben erhöhten sich auf 2 % des BIP (2002). Das gesamtstaatliche Defizit stieg 2003 auf 2,4 % des BIP. Die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen stiegen 2002 um fast 50 % und beliefen sich auf rund 5,3% des BIP, womit das Leistungsbilanzdefizit vollständig ausgeglichen wurde. Die Privatisierungspolitik macht weitere Fortschritte; so ist die Privatisierung im Energie- und Bankensektor fast vollständig beendet. 17,8 % der Erwerbstätigen in Litauen arbeiten in der Landwirtschaft, deren Anteil am BIP mit 5,9 % vergleichsweise hoch ist. Der Anteil der Industrie am BIP beträgt 28,2 %, und Transport, Dienstleistung und Handel ergeben zusammen 41,3 % des BIP. Die Handelsbilanz Litauens ist defizitär (2003: -9,2 % des BIP). 48,9 % der Ausfuhren Litauens gehen in die EU, und 45,3 % aller Importe stammen von dort. Hauptexportgüter sind Mineralprodukte, Chemikalien sowie Textilien, wobei die wichtigsten Importgüter Maschinen und Anlagen sind. Der durchschnittliche Lebensstandard in Litauen liegt bei circa 30 % des EU-Durchschnitts. Litauen gehört somit zu den ärmsten Beitrittsländern. Das durchschnittliche Monatsgehalt betrug 332 € in 2002.

Kernpunkte der litauischen Sozialpolitik waren in den zurückliegenden Jahren die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Umbau des Sozialsystems. U.a. wurden neue Maßnahmen (z.B. neuerliche Änderungen des Gesetzes zur Unterstützung der Arbeitslosen) eingeführt, um die Beschäftigung in wirtschaftsschwachen Gebieten durch subventionierte Schaffung von Arbeitsplätzen und andere Politiken zur Neubelebung der heimischen Wirtschaftstätigkeit zu fördern. Die Verringerung des hohen Anteils der Langzeitarbeitslosen ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung, um eine lang anhaltende Erholung am Arbeitsmarkt zu erreichen.

2.9. Malta

Basisdaten 2003

Bevölkerung	397.000
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in €	11.330
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	0,8
Arbeitslosenquote	7,0
Haushaltssaldo in % zum BIP	-7,6
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP (Feb. 2003)	-7,3
Inflation in % (Jahresdurchschnitt)	1,14

1964 erlangte Malta die staatliche Unabhängigkeit und erklärte sich 1974 zur Republik. Ein Assoziationsabkommen zwischen Malta und der EU wurde bereits 1971 unterzeichnet.¹⁹ Im Juli 1990 stellte Malta dann den Beitrittsantrag, der 1996 zunächst zurückgestellt und 1998 erneuert wurde. Nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen auf dem ER von Kopenhagen im Dezember 2002 führte Malta am 8. März 2003 ein Referendum über den Beitritt durch, in dem 53,6 % der Stimmberechtigten mit "Ja" stimmten. Die Ratifizierung des Beitrittsvertrags erfolgte im Juli 2003 mit einfacher Mehrheit.

Mit 33 % Anteil am Export und 60 % am Import ist die EU Maltas bedeutendster Handelspartner (Zahlen für 2000). Die wichtigsten Ausfuhr Güter sind elektronische Teile, Textilkleidung, Halb- und Fertigprodukte der Leichtindustrie, Leder- und Gummihalf fertigerwaren, Schiffe, Druckerzeugnisse, Farbfernsehgeräte und Plastikspielzeug. Bedeutende Importgüter sind petrochemische Produkte, Tafelwasser, Nahrungsmittel, Kraftfahrzeuge, Motoren und Getriebe für den Schiffs- und Bootsba u, chemische und pharmazeutische Produkte, Papier- und Textilhalf fertigerwaren, Bekleidung, wissenschaftliche und medizinische Geräte. Für Malta wichtige wirtschaftliche Beziehungen bestehen zu Libyen.

Um die Entwicklung der maltesischen Wirtschaft und damit deren Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, unterstützte die EU Malta zwischen 1978 und 1999 in Form von vier aufeinander folgenden Finanzprotokollen in einem Gesamtwert von mehr als 100 Mio. €.²⁰ Darin waren u.a. spezielle Anleihen, Kapitalfonds und Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) enthalten. Der Ministerrat entschied sich im März 2000 für eine neue finanzielle Unterstützung Maltas. Die Inselrepublik sollte demnach zwischen 2000

¹⁹ Verordnung (EWG) Nr. 492/71 des Rates vom 1. März über den Abschluss des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Malta und die Festlegung von Vorschriften für dessen Durchführung, Amtsblatt Nr. L 61, 14.3.1971.

²⁰ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/malta/index.htm. (Stand 16.3.2004).

und 2004 insgesamt 38 Mio. € u.a. für die Umsetzung und Anwendung des Besitzstandes erhalten. Weiterhin unterstützt die EU das Land durch 35 Twinning-Projekte. Bis 1995 wurde Malta zudem im Rahmen des MEDA-Programms (Euro-Mediterranean-Partnership) durch die EU gefördert. Danach erhielt Malta lediglich Unterstützung im Rahmen von EU-Regionalprojekten.

Malta besitzt eine im- und exportabhängige Marktwirtschaft. Dabei tragen das produzierende Gewerbe, der Tourismus und die öffentliche Hand je ca. 25 % zum BIP bei, Finanzdienstleistungen weitere 12 %. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind Exportproduktion, Tourismus, Finanzdienstleistungen, Werften und der öffentliche Sektor. Die Regierung bemüht sich gegenwärtig darum, im Zuge der Umstrukturierung der Wirtschaft vor allem High-Tech- und Elektronikbetriebe sowie Finanzdienstleistungen zu fördern. Der Tourismussektor ist geprägt von Hotel-Überkapazitäten, Strukturproblemen sowie rückläufigen Besucherzahlen. Die negative Entwicklung der Tourismusbranche und eine geringe außenwirtschaftliche Nachfrage führte in den zurückliegenden Jahren zu einer schwachen Wirtschaftstätigkeit in Malta. Im Jahr 2002 stieg das BIP um 1,2 % gegenüber 2001, 2003 um 0,8 %.

Hingegen hat der Kreuzfahrttourismus stark zugenommen, auch wenn für 2004 ein leichter Rückgang erwartet wird. Malta ist fünftgrößter Flaggenstaat mit ca. 28 Mio. Tonnage. Trockendocks und Werften arbeiten jedoch defizitär und werden staatlich subventioniert. Der geplante Stellenabbau erfolgt nur langsam gegen gewerkschaftlichen Widerstand. Auch führen relativ hohe Lohnkosten und unwirtschaftliche innerstaatliche Gebühren und Abgaben zu internationalen Wettbewerbsnachteilen für Malta.

Im Bereich des maltesischen öffentlichen Dienstes hat die Regierung inzwischen Umstrukturierungsmaßnahmen in Angriff genommen. Lohnkosten und Pensionszahlungen belasten allerdings weiter den öffentlichen Haushalt. Vor allem ein Überhang bei Arbeitern und Angestellten in den unteren Gehaltsklassen wirkt sich negativ aus, während gleichzeitig vor dem Hintergrund des EU- Beitritts neu zu schaffende qualifizierte Positionen zu besetzen sind. Das gesamtstaatliche Defizit hat sich auf 6,2 % des BIP im Jahr 2002 verringert. Ursache dafür war vor allem die steigende Staatsverschuldung (2002 auf 66,6 % des BIP) und dadurch hervorgerufene deutlich höhere Zinszahlungen. Aufgrund steigender Zahlungen im Sozialbereich (Gesundheitswesen, Sozialversicherungsleistungen, Vorruhestandsregelungen bei der Werftindustrie und landwirtschaftlichen Beihilfen) ist künftig ein Abbau der Staatsverschuldung nicht zu erwarten. Auch sind weitere Privatisierungen und eine Reduzierung bisheriger staatlich angebotener und verwalteter Leistungen notwendig.

2.10. Zypern

Basisdaten 2003 (bezogen auf die Republik Zypern)

Bevölkerung	715.000
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € (Stand Juli 2003)	15000
Bruttoinlandsprodukt in % ggü. Vorjahr	2,0
Arbeitslosenquote	3,9
Haushaltssaldo in % zum BIP	-5,2
Leistungsbilanzsaldo in % zum BIP (Juli 2003)	-5,0
Inflation in % (Jahresdurchschnitt) Juli 2003	4,5

Zypern wurde 1878 britische Kolonie und 1960 in die Unabhängigkeit entlassen. Damals wurde die Insel von ca. 80 % Griechen und 20 % Türken bewohnt. 1974 besetzten türkische Truppen den Norden der Insel, was zur faktischen Teilung der Insel in die Republik Zypern und einen türkisch kontrollierten Nordteil der Insel mit 37 % der Gesamtfläche führte. Nach Kämpfen entsandten die Vereinten Nationen Friedenskräfte, die noch bis heute in der sog. Pufferzone zwischen dem Norden und dem Süden präsent sind. Nikosia, die Hauptstadt von Zypern, ist durch eine Mauer geteilt. Der Norden Zyperns wird sowohl wirtschaftlich als auch kulturell stark von der Türkei beeinflusst.

1972 unterzeichnete die Republik Zypern ein Assoziationsabkommen mit der EU.²¹ Die Bewerbung um den EU- Beitritt gab die Republik Zypern 1990 im Namen der gesamten Insel ab. Die darauffolgenden Verhandlungen begannen im März 1998 und wurden 2002 auf dem ER von Kopenhagen beendet. Am 16. April 2003 unterzeichnete die zypriotische Regierung in Athen den Beitrittsvertrag. Das Parlament (momentan besteht es nur aus griechischen Zyprioten) stimmte im Juli 2003 dem EU- Beitritt zu.

Von 1978 bis 1999 vereinbarten die EU und die Republik Zypern vier das Assoziationsabkommen ergänzende Finanzprotokolle in einer Höhe von 210 Mio. €. ²² 1997 legte der ER eine Heranführungsstrategie für die Republik Zypern fest. Danach stellt die EU der Republik Zypern 43,8 Mio. € von 2000 bis 2004 zur Verfügung. Neben dem Aufbau von kommunalen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen fördert die EU auch Projekte, die auf das Zusammenwachsen der beiden Inselteile zielen. Für Nordzypern wurde am 6. Juni 2003 ein Finanzpaket in Höhe von 12 Mio. € abgeschlossen. Mit dem Beitritt zur EU endet diese Förderung. Aus dem MEDA- Programm erhält die Republik Zypern, angesichts ihres Entwicklungsstandes, keine Mittel mehr. Lediglich im Rahmen der

²¹ Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern, Amtsblatt Nr. L 133, 21.5.1973.

²² Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/cyprus/index.htm. (Stand 16.3.2004).

Regionalförderung kann die Republik Zypern auf Antrag Mittel erhalten. Außerdem nimmt der Inselstaat an Twinning-Projekten teil und kann Darlehen der EIB (Europäischen Investitionsbank) in Anspruch nehmen.

Wichtigster Handelspartner der Republik Zyperns ist mit 54 % Anteil am Export und 52 % am Import die EU; dabei werden vor allem Agrarerzeugnisse, Textilwaren, Zement und Pharmazeutika exportiert. Einfuhrgüter sind hauptsächlich Kraftfahrzeuge, Maschinen, Industriebedarf, elektrische Geräte und Konsumgüter. Das nach wie vor stetige Wirtschaftswachstum verlangsamte sich in den letzten Jahren auf 2,0 % des BIP. In dem Zeitraum von 1975 - 2000 belief sich das Wachstum auf durchschnittlich ca. 5,5 % pro Jahr. Verursacht wurde diese Abschwächung durch die unsichere Weltwirtschaftslage und eine Schwäche der Tourismusindustrie, auf die rund 20 % des BIP und der Beschäftigung entfallen. Während die Touristenzahlen um 10 % zurückgingen, stieg die Inflation an, und wuchs das Leistungsbilanzdefizit und das öffentliche Defizit.

Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP beträgt in der Republik Zypern 74 %, der Anteil der Industrie 21 % und der der Landwirtschaft nur noch 4 %. Die Investitionstätigkeit nahm jedoch 2002 drastisch zu, was vor allem auf die lebhafte Bautätigkeit zurückzuführen war. Der Arbeitsmarkt ist durch annähernde Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote ging 2002 auf 3,8 % zurück und lag 2003 bei 3,9 %. Das Haushaltsdefizit kletterte im gleichen Zeitraum auf 5,2 % des BIP. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs ist nahezu abgeschlossen.

Die Republik Zypern ist aufgrund ihrer attraktiven Steuergesetzgebung ein interessanter Standort für ausländische Investoren. Der Inselstaat weist ein Handelsbilanzdefizit von 27,8 % (2002) auf. Ursache dafür sind staatliche Schutzmaßnahmen zugunsten der eigenen Wirtschaft und die steigende Importnachfrage.

Die Regierung der Republik Zypern beabsichtigt mit ihrer Finanzpolitik den Staatshaushalt zu konsolidieren. 2003 wurde dazu eine Steuerreform verabschiedet, die u.a. eine einheitliche Unternehmenssteuer von 10 %, drei Einkommensteuersätze von 20, 25 und 30 % (wobei gewisse Jahreseinkommen steuerfrei bleiben) festlegte und die Mehrwertsteuer stufenweise auf 15 % anhebt. In manchen Branchen werden Arbeitskräfte inzwischen knapp.

Während das Pro-Kopf-Einkommen im Südteil der Insel mehr als 15.000 € beträgt, beläuft es sich in Nord-Zypern auf nur ungefähr 4 400 €. Nord-Zypern hat eine Währungsunion mit der Türkei, zu der auch sonst eine große Handelsabhängigkeit besteht. Die Inflation dort ist abhängig von der Preissteigerung in der Türkei. Sie betrug 24,5 % im Jahre 2002, hoch ist ebenfalls die Arbeitslosigkeit.

In den lange schwelenden Zypern-Konflikt ist in den letzten Monaten Bewegung gekommen. Ein in New York vereinbarter VN-Plan sah vor, dass Zypern als Gesamtstaat, der sich aus zwei Teilstaaten zusammensetzt, der EU beitrifft. Jeder Teilstaat sollte über ein eigenes Parlament verfügen. Auf gesamtstaatlicher Ebene waren ein Unter- und ein Oberhaus vorgesehen, welches paritätisch nach den Bevölkerungsanteilen besetzt werden soll. Ein Senat sollte jeweils zur Hälfte aus Vertretern der beiden Volksgruppen bestehen, die Regierung sich aus einem sechsköpfigen Gremium (vier griechische und zwei türkische Zyprioten) zusammensetzen, dessen Präsident in einem zehnmonatigen Rotationsprinzip wechselt. Im Februar 2004 begannen auf der Basis dieses Planes die Verhandlungen zwischen den griechischen und den türkischen Zyprioten. Im März fand zur Lösung der noch strittigen Punkte eine Konferenz in der Schweiz unter Hinzuziehung der Türkei, Griechenlands und der VN statt. Bei diesen Gesprächen konnten sich die politischen Repräsentanten der beiden Volksgruppen jedoch nicht auf die weiteren Modalitäten zur Wiedervereinigung der Insel einigen. Bei dem am 24. April 2004 von den VN anberaumten Referendum über die Wiedervereinigung der Insel hat eine Mehrheit (76 %) der griechisch-zypriotischen Bevölkerung trotz zahlloser internationaler Appelle den VN-Plan abgelehnt, während sich eine Mehrheit (64 %) der türkisch-zypriotischen Bevölkerung für eine Annahme entschied. Für die Annahme des VN-Plans wäre jedoch die Mehrheit beider Bevölkerungsgruppen erforderlich gewesen. Damit wird zum 1. Mai 2004 zwar formal die ganze Insel der EU beitreten, der Geltungsbereich des *acquis communautaire* wird sich allerdings auf den international anerkannten Teil der Insel, die Republik Zypern, beschränken. Die EU zeigte sich enttäuscht über den Ausgang des Referendums. Die EU-Außenminister wiesen als Reaktion auf die Ablehnung des VN-Friedensplans durch die griechischen Zyprioten die Europäische Kommission an, Vorschläge für eine verstärkte Aufbauhilfe und wirtschaftliche Unterstützung sowie Handelserleichterungen für den türkischen Nordteil der Insel zu erarbeiten.

(Dr. Schneider)